Wolfram Siemann

Die Französische Revolution in der Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten

Der Rheinbund (1806–1813) hat seit Mitte der 1970er Jahre namentlich dank der Forschungen von Helmut Berding, Roger Dufraisse, Elisabeth Fehrenbach und Eberhard Weis eine Umwertung erfahren; er erscheint längst nicht mehr als nationaler Irrweg auf einer angeblich geradlinigen Bahn deutscher Geschichte, sondern als Fundament wesentlicher Modernisierungsprozesse, auf denen vor allem die süddeutschen Flächenstaaten aufbauten¹. Sie erlebten eine „Revolution von oben“, die auf vielen Gebieten ihre Impulse der Französischen Revolution von 1789 verdankte; Hans-Ulrich Wehler bewertete die rheinbündischen Reformen jüngst gar als „Politik der integrativen Staatsbildung und defensiven Modernisierung“, welche „die relative Rückständigkeit im Vergleich mit Westeuropa vermindern sollte“ und zu der es schlecht hin keine gleichwertige, geschweige denn eine überlegene Alternative gegeben habe².

Um welche Reformbereiche handelte es sich konkret? Stichwortartig seien genannt: die Zurückdrängung des Adels, allgemeine Wehrpflicht, bürgerliche Rechtsgleichheit, Verfassungskodifikation, Agrarreformen, konfessionelle Toleranz und Judenemanzipation. Vieles wurde zunächst erst in Gang gebracht, aber in ihrer Bündelung provozierten die Maßnahmen in den neugebildeten Flächenstaaten beträchtliche Widerstände beim Adel, bei wehrpflichtigen Bürgerlichen, bei Geistlichen und bei der Landbevölkerung hinzugewonnener Territorien. Die rheinbündischen Reformen hat-

¹ Vgl. *Helmut Berding*, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7, Göttingen 1973); *ders.*, Napoleonische Herrschaft und Modernisierung, in: *Geschichte und Gesellschaft* (im folgenden: GG) 6 (1980) 462–573; *ders.*, *Hans-Peter Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration (Königstein/Ts. 1981); *Roger Dufraisse*, Das napoleonische Deutschland. Stand und Probleme der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der linksrheinischen Gebiete, in: GG 6 (1980) 467–483; *ders.*, Napoleon und Bayern, in: *Wittelsbach und Bayern*, Bd. III, 1, hrsg. v. *Hubert Glaser* (München, Zürich 1980) 221–229; *ders.*, *Napoléon* (Paris 1987); *Elisabeth Fehrenbach*, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen 1978); *dies.*, Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich, in: *Historische Zeitschrift* 228 (1979) 288–316; *Eberhard Weis* (Hrsg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 4, München 1984); *ders.*, Napoleon und der Rheinbund, in: *Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons*, hrsg. v. *Armgarð von Reden-Dobna* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 5, Wiesbaden 1979) 57–80.

² Vgl. *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1 (München 1987) 375.

ten mit ähnlichen mentalen und handgreiflichen Beharrungskräften zu kämpfen wie die Große Revolution in ihrem Mutterland. Eben deshalb trifft das auch anderwärts vielbemühnte Bild der „Revolution von oben“ auf diese historische Situation besonders gut.

Zu ihr gehörte in der Frühphase des Rheinbundes folgerichtig die weitverbreitete Erwartung, am Beginn eines neuen Zeitalters der Geistes-, Meinungs- und Preßfreiheit zu stehen. Bayern unter Montgelas etwa schien in den Jahren zwischen 1803 und 1808 auf dem Wege zur Preßfreiheit, die in der Konstitution von 1808 sogar garantiert wurde³. Es entwickelte sich eine lebhafte „öffentliche Meinung“; sie diskutierte polemisch und kontrovers die großen Fragen der Zeit: Revolution, Napoleon, Rheinbund, Krieg, europäische Friedensordnung und die Zukunft Deutschlands. Diese Publizistik bediente sich dabei vielfältiger Medien: der Tageszeitungen, literarischen Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren, Karikaturen und Maueranschläge. Ja, der Autor eines anonymen Beitrags „Ueber Deutschlands Wiedergeburt“ stellte im Jahre 1808 eine bemerkenswerte Beziehung zur Großen Revolution her: Die Schriftsteller seien durch die Ereignisse in Deutschland zwischen 1805 und 1807 (dem Zusammenbruch Preußens, des Heiligen Römischen Reiches und der Gründung des Rheinbundes) ungeheuer in Bewegung gesetzt; ihre kritische Potenz, nämlich „die Art, wie man den vorigen politischen Zustand der deutschen Staaten aufdekt [!], kann für eine literarische Revolution gelten, die uns eine bürgerliche, blutige erspart und durch die wohlthätig ein Theil des gährenden Stoffes sich verdünstet“. Die freigesetzte öffentliche Meinung, die Macht des Wortes erspare somit den Deutschen die eigentliche Revolution. Und die neuesten, durch Napoleon herbeigeführten Zeitumstände hätten dabei „eine Menge politischer und philosophischer Reputationen um ihr Daseyn ohne Guillotine gebracht“. Deutschland habe seine „Lehrjahre im letzten langen Revolutionskriege gemacht“⁴. Pressefreiheit als Revolutionersatz, das ist eine Rechtfertigung, aus der ein großer Glaube an die Macht des freien, aufklärenden Wortes sprach, aber auch die Annahme, es sei so viel in den deutschen Staatsverhältnissen umgewälzt, daß es kein Zurück, keine Restauration mehr geben könne.

Der Kampf auf dem Feld der „öffentlichen Meinung“ vollzog sich nun in Formen, die gleichfalls an das französische Vorbild gemahnten: Die „öffentliche Meinung“ spaltete sich; die Zeitgenossen sprachen von „Parteygeist“. Das Geburtsjahr des Rheinbundes brachte nur folgerichtig in der süddeutschen Publizistik einen höchst bemerkenswerten Beitrag „Ueber den gegenwärtigen Charakter der politischen Partheyen in Europa“ hervor. Er leitete aus der Französischen Revolution die „demokratische“ und „aristokratische Parthey“ ab. Der 18. Brumaire habe ihrem Kampf ein vorläufiges Ende gesetzt, denn Napoleon habe dem Anspruch der Demokraten auf Gleichheit „die nöthige Garantie“ verliehen, damit diese Forderung nicht „den Staat

³ Vgl. hierzu nun die einzelnen Schritte der Wiederbelebung der Zensur bei *Walter Demel*, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 76, München 1983) 373–383.

⁴ *N.N.*, *Ueber Deutschlands Wiedergeburt*, in: *Europäische Annalen* (1808,2) 276–281, Zit. 276 f. u. 279.

von einer Revolution in die andere stürzen möchte“; der anonyme Autor rechnete dem Protektor des Rheinbundes als Verdienst an: „Die Gleichheit wurde als Fundamentalgesetz der Verfassung festgehalten.“ Zugleich diagnostizierte er für die aktuelle Gegenwart den Kampf in Permanenz, aber unter neuen Auspizien: „Die Rollen der Demokraten und alten Aristokraten wurden, von nun an, auf das förmlichste ausgetauscht. Ehemals waren die ersteren Revolutionäre gewesen; jetzt wurden es die letzteren.“⁵ Daraus sprach auch die Erinnerung an die erfolglosen Versuche der königstreuen Emigrantenheere, die Revolution in Frankreich wieder rückgängig zu machen, darüber hinaus aber die zutreffende Erkenntnis, daß jedes politische Ringen in freier Öffentlichkeit fortan notwendig „Partei“ annehmen mußte. Auch die Rede von der „politischen Propaganda“ im modernen Sinne, die Gesinnung Andersdenkender zu beeinflussen⁶, gehörte bereits zum Wortschatz dieses Autors. Die europäische Dimension der großen Auseinandersetzung schloß verständlicherweise die Rheinbundstaaten ein, und mit Blick auf deutsche Verhältnisse galt des Verfassers Beobachtung, daß „die große Volksmacht noch weit davon entfernt ist, eine Ahnung von Menschenrechten zu haben“⁷. Das war zugleich eine Aufforderung zu noch mehr publizistischer Überzeugungsarbeit, zu noch mehr Meinungskampf und „Partheygeist“; und über jeder Debatte standen stillschweigend oder ausgesprochen die Person Napoleons sowie Spekulationen über Absichten und Tragweite seiner Politik.

Auch im deutschen Flugschriftenkampf fanden derartige „demokratische Parthey-Überlegungen“ das vorauszusehende Echo von seiten der „Aristokraten“. In Bayern beschlagnahmten die Behörden im Jahre 1814 eine antinapoleonische aristokratische Flugschrift, die sich ausführlich mit der „französischen Parthey“ der Revolution auseinandersetzte. Diese „Nivellierungs-“ oder „Umsturzparthey“ habe versucht, sich beim deutschen Volke einzuschmeicheln. Als dies mißlungen sei, habe ihr taktisches Rezept geheißen: „abwarten, bis sich gelegt hatten die Stürme der Revolution, bis das Andenken an ihre Gräuel gebleicht war, bis alles wieder in seine Fugen zurück getreten zu seyn schien. Napoleon erschien; Napoleon endete die französische Revolution; und mit tiefer haushälterischer Klugheit und Tücke schmiegte sich nun die Parthey an *sein* System. *Sein* System war Weltherrschaft.“⁸ Das war die Sicht der Dinge aus dem „Lager der Aristokraten“. Diese in Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution entwickelte antagonistische Begrifflichkeit von „Demokraten“ und „Aristokraten“ beherrschte bis weit in den Vormärz hinein das Vokabular der auf Frankreich hin orientierten deutschen Liberalen; man prüfe daraufhin nur einmal die entsprechenden Artikel in Rottecks und Welckers *Staatslexikon*⁹. Sie prägte bereits die Auseinandersetzungen in der Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten.

⁵ N.N., Ueber den gegenwärtigen Charakter der politischen Partheyen in Europa, in: Europäische Annalen (1806,1) 278–284, Zit. 280, 282 f.

⁶ Vgl. Christof Dipper, Wolfgang Schieder, Propaganda, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 5 (Stuttgart 1984) 69–112, bes. 82.

⁷ Ueber den gegenwärtigen Charakter (wie Anm. 5), 284.

⁸ N.N., Deutschlands Adel an die verbündeten Mächte, 1814, 6 f., ein Exemplar ist überliefert im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München (= BayHStA) MA 9536.

⁹ Vgl. Werner Conze, Adel, Aristokratie, in: Geschichtliche Grundbegriffe (wie Anm. 6), Bd. 1 (Stuttgart 1972) 1–48, bes. 34–40 sowie ders., Demokratie, ebd., 821–899, bes. 858–866.

Deren Regierungen antworteten auf derartige „Parthey“-Bildungen und die einhergehenden Veröffentlichungen sehr bald äußerst restriktiv. Es bleibt unter dem Horizont der „Modernisierung“ in der Regel ausgeblendet, daß die Reformen mit einem hohen Maß innerer Repression durchgesetzt wurden. Die gerühmte Leistungsfähigkeit der „integrativen Staatsbildung und defensiven Modernisierung“ wurde erkaufte durch die Einrichtung einer „geheimen Polizei“ (sie ist in Westfalen, Baden, Württemberg und Bayern nachweisbar), durch eine effektive Zensurbürokratie, durch eine weitreichende Korrespondenzkontrolle. Oppositionelle Publizistik wurde in die Illegalität und somit in den Untergrund abgedrängt, soweit sie sich nicht außerhalb der rheinbündischen Staaten – in Preußen und Österreich – äußern und ins Innere geschmuggelt werden konnte¹⁰. Konsequente Überwachung des gesamten öffentlichen Lebens bis in die Privatsphäre hinein, wie es bereits die Zeitgenossen beklagten, war offensichtlich ein Tribut an die forciert betriebene Modernisierung, um ihre Erfolge nicht zu gefährden.

Merkwürdigerweise blieben für die Rheinbundstaaten Publizisten und Publizistik (Personen, Traditionen, Visionen, Medien und Wirkungen) im Spektrum der neueren Forschung eher ausgeblendet, während die staatsgeleiteten Reformmaßnahmen im Brennpunkt standen¹¹. Der Befund wird vertieft durch die Tatsache, daß bis in jüngste

¹⁰ Vgl. zum Überwachungssystem in den Rheinbundstaaten (Polizei, Zensur, Korrespondenzkontrolle) Wolfram Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866 (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur 14, Tübingen 1985) bes. 15, 48–61; ders., Propaganda um Napoleon in Württemberg. Die Rheinbundära unter König Friedrich I. (1806–1813), in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 47 (1988) 359–380; ders., „Glänzend sind dein Nam’ und Thronen – Großer Kaiser Napoleon“. Der französische Kaiser und die ‚öffentliche Meinung‘ unter König Friedrich I. von Württemberg, in: Beiträge zur Landeskunde (Regelm. Beilage zum Staatsanzeiger f. Baden-Württemberg) (Nr. 3, Juni 1983) 1–9; Rüdiger Busch, Die Aufsicht über das Bücher- und Pressewesen in den Rheinbundstaaten Berg, Westfalen und Frankfurt. Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts Reihe A, 7, Karlsruhe 1970); Karlheinz Fuchs, Bürgerliches Raisonement und Staatsräson. Zensur als Instrument des Despotismus. Dargestellt am Beispiel des rheinbündischen Württemberg (1806–1813) (Göppinger Arbeiten zur Germanistik 150, Göppingen 1975); Theodor Bitterauf, Die Zensur der politischen Zeitungen in Bayern 1799–1825, in: Riezler-Festschrift. Beiträge zur bayerischen Geschichte, hrsg. v. Karl Alexander von Müller (Gotha 1913) 305–351; Wilhelm Fichtl, Aufklärung und Zensur, in: Wittelsbach und Bayern, Bd. III, 1 (wie Anm. 1), 174–185 (geht nur bis 1799) sowie nun besonders Demel, Staatsabsolutismus (wie Anm. 3).

¹¹ Vgl. etwa die Hinweise bei Eberhard Weis, Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. v. Max Spindler, Bd. IV/1 (München 1974) 3–86, bes. 49; außerdem die differenzierte Bibliographie bei Berding/Ullmann, Deutschland (wie Anm. 1), 401–406; Hinweise auch bei Fuchs, Raisonement (wie Anm. 10) sowie in dem grundgelehrten Werk von Marcel Dunan, Napoléon et l’Allemagne. Le Système Continental et les débuts du Royaume de Bavière 1806–1810 (Paris 1942) bes. 106–109, 499–505; Heinz Starkulla, Zur Geschichte der Presse in Bayern, in: 50 Jahre Verband bayerischer Zeitungsverleger e. V. 1913–1963 (München 1963) 7–47; ferner: Margot Lindemann, Deutsche Presse bis 1815 (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik 5, Berlin 1969) bes. 263–270; Ludwig Salomon, Geschichte des Deutschen Zeitungswesens, Bd. 2 (Oldenburg, Leipzig ²1906) bes. 111–176; Kurt von Raumer, Der Rheinbund: Politisches Bewußtsein und historische Wirkungen, in: ders., Manfred Botzenhart, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.

Zeit hinein Quellenpublikationen zur Rezeption der Französischen Revolution an der Epochengrenze des Jahres 1806 enden¹². Wenn für die Zeit zwischen 1806 und 1814 Publizistik erforscht wurde, geschah das hauptsächlich am Beispiel antinapoleonischer Druckerzeugnisse im Umfeld der Befreiungskriege von 1809 und 1813/14, also an Schriften vorwiegend österreichischen oder preußischen Ursprungs¹³. Die eigenständige, von der Zensur teils tolerierte, teils unterbundene Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten harrt noch einer zusammenfassenden Analyse. Es genügt nicht, immer wieder die von Jakob Philipp Palm in Nürnberg verlegte antinapoleonische Schrift *Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung* zu dokumentieren und darüber die Breite systemnaher oder -treuer Schriften zu übergehen.

Im folgenden sollen Grundtendenzen ausgewählt, aus Württemberg, Bayern und Frankfurt stammender Publizistik näher betrachtet werden. Prinzipiell ist hervorzuheben: Positive wie negative Bezüge auf die Französische Revolution von 1789 waren in den süddeutschen Rheinbundstaaten zulässig, sofern nicht die Person Napoleons kritisch berührt wurde.

Es folgte aus der Logik aufgeklärt-absolutistischer und zugleich revolutionär-rheinbündischer Regierungsweise, die faßbare ‚öffentliche Meinung‘ im Lande kontinuierlich zu beobachten. Das war Teil des erwähnten Überwachungssystems. Sowohl in Württemberg als auch in Bayern wurde ein spezifisches Verfahren entwickelt, das dem jeweiligen Monarchen einen vorzüglichen Überblick zur aktuellen Literaturproduk-

Fortsetzung Fußnote von Seite 124

Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung. Von 1789 bis 1815, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, neu hrsg. v. *Leo Just*, 3/1,1 (Wiesbaden 1980) 338–350 sowie die Bibliographie 632–635. Vgl. zu Württemberg *Paul Sauer*, Napoleons Adler über Württemberg, Baden und Hohenzollern. Südwestdeutschland in der Rheinbundzeit (Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987), geht nicht auf politische Publizistik und Zensur ein; *Otto Heinrich Elias*, Das Bild des Kaisers. Literarischer und politischer Bonapartismus in Württemberg, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, hrsg. v. Württ. Landesmuseum Stuttgart, Bd. 2 (Stuttgart 1987) 717–741 behandelt das Nachleben Napoleons im deutschen politischen Bewußtsein nach 1815!

¹² Vgl. *Claus Träger* (Hrsg.), Die Französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur (Leipzig 1975); *Theo Stammen, Friedrich Eberle* (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution. Quellen zur geistigen Auseinandersetzung 1789–1806 (Darmstadt 1988); *Helmut Richter* (Hrsg.), Literarische Kultur und gesellschaftliches Leben in Deutschland. Texte und Bilder (Berlin [o.J. 1989]) für die Zeit von 1789 bis 1806; Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris, hrsg. v. *Jürgen Voss* (Beihefte der Francia 12, München 1983); *Inge Stephan*, Literarischer Jakobinismus in Deutschland (1789–1806) (Sammlung Metzler 150, Stuttgart 1976); der von *Paul Hocks, Peter Schmidt*, Literarische und politische Zeitschriften 1789–1805 (Sammlung Metzler 121, Stuttgart 1975) angekündigte Fortsetzungsband steht noch aus.

¹³ Vgl. etwa die auf Preußen bezogene ältere, mit einer Fülle von Aktenbeigaben ausgestattete Untersuchung von *Paul Czygan*, Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege, Bd. 1, 1–2 u. 2 (Leipzig 1909–1911); *Hans-Bernd Spies* (Hrsg.), Die Erhebung gegen Napoleon 1806–1814/15 (Darmstadt 1981); die einseitige Akzentuierung der Beschäftigung mit der gegen Napoleon gerichteten Publizistik dokumentiert auch die Bibliographie bei *v. Raumer/Botzenhart*, Deutsche Geschichte (wie Anm. 11), 654f. Speziell zu Bayern – bei gleicher Perspektive – sei hervorgehoben *Theodor Bitterauf*, Zur Geschichte der öffentlichen Meinung im Königreich Bayern im Jahre 1813 bis zum Abschluß des Vertrages von Ried, in: Archiv für Kulturgeschichte 11 (1914) 31–69.

tion im Lande gewährte, und dieser Überblick ist noch für heutige Forschungen aufschlußreich, weil Ergebnisse dieser Überwachungstätigkeit in Gestalt zweier besonders glücklicher Quellenfunde greifbar sind.

In Württemberg operierten zur Rheinbundzeit ein Oberzensurkollegium samt vorgesetztem Polizeiministerium. Dieses befahl am 27. Juli 1811 den Zensoren, vierteljährlich die wichtigsten Daten aller zur Prüfung eingereichten Manuskripte und Bücher in tabellarische Verzeichnisse einzutragen. Für die Zeit vom 1. Oktober 1811 bis zum 30. September 1815 sind sechzehn solcher Vierteljahresverzeichnisse überliefert. Die akribisch geführten, überlieferten Listen verzeichnen den größten Teil der literarischen Produktion des Landes¹⁴; es fehlen darin lediglich Publikationen, für die es Spezialzensoren gab, nämlich Zeitungen und Zeitschriften sowie wissenschaftliche Werke der Universität Tübingen.

Unter den 527 vorgelegten Titeln dominierte bei weitem die theologisch-pädagogische Literatur; entsprechend stammte mehr als die Hälfte der Autoren aus den Bereichen Kirche und Erziehung. Stadtpfarrer, Prälaten, Superintenden, Vikare, Diakone, Garnionsprediger, Schulinspektoren, Direktoren, Präzeptoren, Gymnasialprofessoren, dazu noch höhere Staatsbeamte aus Verwaltung und Universität hatten einen Anteil von siebzig Prozent. Der neue Typ des freischaffenden Tagesschriftstellers, Literaten oder Publizisten war so gut wie nicht vertreten. Nur rund 20 Titel berührten unmittelbar das Verhältnis zu Frankreich, zur Revolution oder speziell zu Napoleon¹⁵.

Ein ähnlich geringer Anteil selbständig publizierter Schriften mit Ansätzen der Revolutionsrezeption ist für Bayern zu verzeichnen. Hier hatte Max Joseph noch als Kurfürst unter Federführung von Montgelas ein Überwachungsverfahren eingerichtet, das nicht wie in Württemberg unmittelbar mit der parallel arbeitenden Zensur gekoppelt war. Ein Dekret vom 12. November 1804 befahl dem Oberhofbibliothekar Christian Freiherrn von Aretin, regelmäßige Monatsberichte über Rezensionen vorzulegen,

¹⁴ Eine genauere Aufschlüsselung des Verzeichnisses nach Textarten findet sich bei *Wolfram Siemann*, Soziale Zensurkriterien und Normenhorizonte der Zensoren in Deutschland (1789–1848), in: *Zs. f. Literaturwissenschaft u. Geistesgeschichte Sonderbd. angekündigt*; die ungedruckten Verzeichnisse liegen im Staatsarchiv Ludwigsburg, D 52, Büschel 507.

¹⁵ Darunter befinden sich die ersten Bände von *Samuel Baur*, Gemälde der merkwürdigsten Revolutionen, Empörungen, Verschwörungen, 10 Bde. (Ulm, Stettin 1810–18); ein „Danklied auf den Völker-Frieden von 1814“ (Manuskript 1814); *Seiz*, Rede am Dankfest den 11. April 1814 nach dem Einzug Kaiser Alexanders in Paris (Manuskript Tübingen 1814), *Benedict von Wagemann*, Bonapartes Rückkehr von der Insel Elba (Tübingen 1815); *ders.*, Epische Skizze des französischen Revolutions-Krieges (Manuskript 1815); *Werner*, Ein Kriegslied für die zum heiligen Krieg verbundenen deutschen Heere (Manuskript Tübingen 1813), *M. Zeller*, Predigt zur Feier des an der Moskwa erfochtenen Sieges (Manuskript Stuttgart 1812); das Kriegslied „Der Welteroberer“ (Manuskript Reutlingen 1814), das Gedicht „Einmarsch der Alliierten zu Paris“ (Manuskript Stuttgart 1814), *N.N.*, Kurzweilige und wahre Beschreibung der Schlachten bey Leipzig 1814 (Manuskript 1814); *N.N.*, Leipzigs Schrekens-Sonnen im Sept. und October 1813 (Leipzig 1813); *N.N.*, Moreau, Ein Blick auf seine Feldzüge, seinen Character und seine Schicksale (Berlin 1814, in Reutlingen Nachdruck geplant); *N.N.*, Siegeslied der Preußen nach der Schlacht von Belle-Alliance (Manuskript Ludwigsburg 1815); *N.N.*, Teutschland und Frankreich oder Kurze Geschichte des Verhältnisses (Manuskript Stuttgart 1814). – Nicht eingeschlossen sind die konfiszierten, von außen eingeschleusten Titel, die vereinzelt bei *Fuchs*, Raisonement (wie Anm. 10) genannt werden; es fehlt an einer Gesamtverbotsliste.

welche sich auf die in oder über Bayern erscheinende Literatur bezogen, „da Wir nun in Kenntniß desjenigen gesetzt zu werden wünschen, was gegen unsere Verwaltungen und ausgesprochenen Grundsätze, wenn auch von unberufenen Kritikern, der deutschen Lesewelt vorgelegt wird“¹⁶.

Die bayerischen Berichte notierten beispielsweise ein sprachpuristisches Werk mit der gegen Frankreich gerichteten Lehre, „wie Sprachherrschaft eines Volkes zur Staatsherrschaft führen müsse“¹⁷, eine Schrift zum Befreiungskrieg, deren Verfasser, „wo Deutschlands Freyheit gerettet werden sollte, an die Spitze politischer Wortführer in Bayern“ getreten sei¹⁸, Zukunftsperspektiven in der Zeit des Umbruchs¹⁹, aber auch literarische Werke mit germanischen und altdeutschen Themen, gerichtet gegen französische Literatur – der Rezensent verzieh die offenkundigen Schwächen dieser Versuche angesichts der Eile während der Befreiungskriege, nicht „den schönsten Zeitpunkt der Herausgabe zu versäumen“, mit anderen Worten: ihren propagandistischen Wert zu nutzen²⁰.

Wenn auch die bisher betrachtete Literatur noch nicht vollständig erschlossen ist, zeichnet sich doch ab: Auf diesen Feldern vollzogen sich die Berührungen eher defensiv bis ablehnend. Es steht zu erwarten, daß sich die fortdauernde Rezeption der Französischen Revolution, wenn sie denn trotz Zensur stattfand, auf anderen Gebieten ereignete, also eher im tagespublizistischen Bereich und bei eingeschleuster Literatur von außen.

Bis auf einzelne Ausnahmen ist die Ausbeute bei den Tageszeitungen jedoch gleichermaßen ziemlich gering, weil sie sich stark auf das Mitteilen von Fakten zu beschränken hatten. In Württemberg wurden sie schließlich einem Dekret des Polizeiministers unterworfen; danach mußten sie sich bei politischen Nachrichten, wenn sie überhaupt gebracht wurden, jeglichen Rasonnements enthalten und eng an die Berichterstattung des *Moniteurs* anlehnen. Eine vergleichbare Bestimmung erging eben-

¹⁶ BayHStA MA 9522. Der Literaturbericht enthält zwischen Dezember 1809 und Januar 1814 eine Lücke, was seinen Quellenwert mindert, jedoch verzeichnet er die Publikationen der Jahre 1813 bis März 1816, also gerade für die politisch bewegteste Epoche; ab Januar 1814 führt von Aretin ihn tabellarisch formalisiert mit akuratem Hinweis auf die jeweilige Rezensionsquelle. Er wertete mehr als 20 Rezensionsorgane aus sämtlichen Wissensbereichen aus, also nicht lediglich literarische, sondern auch chemische, musikalische, künstlerische, physikalische, kameralistische und medizinische Zeitschriften.

¹⁷ *Johann Gottlieb Radlof*, Frankreichs Sprach- und Geistes-Tyranny über Europa seit dem Rastatter Frieden 1714 (München 1814); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 76 (1814) nach BayHStA MA 9522.

¹⁸ *Paul Johann Anselm von Feuerbach*, Ueber die Unterdrückung und Wiederbefreyung Europas (Deutschland, d.i. München 1813); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 37 (1814) nach BayHStA MA 9522.

¹⁹ *Wilhelm Joseph Behr*, Darstellung der Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen deutscher Nation (Aschaffenburg 1814); ferner die Schrift des Landshuter Professors *Joseph August Schultes*, Briefe über Frankreich auf einer Fußreise im Jahre 1811 durch das südwestliche Bayern (Leipzig 1815).

²⁰ *Joseph von Hinsberg*, Arnim der Cheruskerfürst. Ein Gedicht in 14 Gesängen (München 1814); ders., Das Lied der Nibelungen (München 1812); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 53 (1814) nach BayHStA MA 9522.

falls in Bayern²¹. Da die Tageszeitungen so sehr in ihrem Spielraum eingeengt waren, verblieben hauptsächlich die rasonnierenden periodischen Zeitschriften und die eingeschleuste oder illegal umlaufende Untergrundliteratur als ein Forum intensiverer Revolutionsrezeption.

Zu den wichtigsten Zeitschriften rasonnierenden Charakters, die während der ganzen Rheinbundperiode im süddeutschen Raum erschienen waren, zählten die bei Johann Friedrich Cotta zunächst in Tübingen, ab 1810 in Stuttgart verlegten *Europäischen Annalen* und die in Frankfurt von Peter Adolph Winkopp herausgegebene Zeitschrift *Der Rheinische Bund*²². Sie sollen gemeinsam mit einschlägigen verbotenen Druckschriften süddeutscher Herkunft der folgenden Untersuchung zugrunde gelegt werden.

In dieser Publizistik zeigten sich programmatische Inhalte der Revolution aber nicht mehr unvermittelt, etwa als Menschenrechtsproklamationen oder Verfassungsentwürfe, wie sie noch die deutschen Jakobiner propagiert hatten. Es lassen sich jedoch sechs verschiedene Aspekte der Rezeption unterscheiden; sie bilden die Überschriften der kommenden Abschnitte: 1. Napoleon als Bürge für die „praktischen“ Errungenschaften der Revolution, 2. Rezeption in der Diskussion über den Code Napoléon, 3. das Erbe der Französischen Revolution in den rheinbündischen Reformen, 4. der Rheinbund und Napoleon als Hüter nationaler Einheit, 5. Revolutionsrezeption als propagandistisches Schreckbild und schließlich 6. Brücken der Revolutionstradition über die Befreiungskriege hinweg.

1. Napoleon als Bürge für die „praktischen“ Errungenschaften der Revolution

Die Revolution erschien als universalhistorischer Durchbruch neuer gesellschaftlicher Prinzipien; aber erst Napoleon habe ihnen Beständigkeit verliehen. Die Rezeptionsproblematik stand unter der Frage: „Was hat die französische Revolution für Napoleon den Ersten, und was hat Napoleon der Erste für die französische Revolution gethan?“²³ Diese Aufsatzüberschrift eines mit „F. B.“ zeichnenden Autors in den *Europäischen Annalen* bot die Gelegenheit, zwischen der Revolution und Napoleon zu unterscheiden, mit anderen Worten: sich von bestimmten revolutionären Erscheinungsformen zu distanzieren, aber gleichwohl eine Anzahl ihrer Inhalte zu akzeptieren. Staatsbürgerliche Gleichheit, Vernichtung von Privilegien (des „Feudalwesens“), Kampf um Menschenrechte: das rief Zustimmung hervor. Abgelehnt wurden der Beschluß der Nationalversammlung vom 10. August 1792 (die Suspendierung des Kö-

²¹ Dekret des württembergischen Polizeiministeriums vom 6.2.1809 an die Lokalzensoren, vgl. Fuchs, *Räsonnement* (wie Anm. 10), 228; zum bayerischen Reskript vom 1.11.1808, wonach „nur offizielle Nachrichten aus offiziellen Quellen, die immer am Ende anzugeben sind“ (sprich: der westfälische und französische „Moniteur“) übernommen werden durften, vgl. Bitterauf, *Zensur* (wie Anm. 10), 317f.

²² Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift politisch-statistisch-geographischen Inhalts, hrsg. v. [Peter] A[dolph] Winkopp. 23 Bde. in 69 Heften (Frankfurt 1807–11); Europäische Annalen, hrsg. v. Ernst Ludwig Posselt (Tübingen, Stuttgart Jg. 1795–1820).

²³ F.B., Was hat die französische Revolution für Napoleon den Ersten, und was hat Napoleon der Erste für die Französische Revolution gethan?, in: Europäische Annalen (1805,3) 3–13.

nigtums), die „scheußlichen Septemberscenen“, die „eben so scheußliche Hinrichtung Ludwigs des Sechzehnten“; die „demokratische Verfassung“ unter der Konventsregierung sei „ein großer Unsinn“ gewesen. Aber: „Die Schreckensperiode ist Frankreich auf eine doppelte Weise sehr nützlich geworden“: Sie habe die Integrität des Reiches gerettet und die Menschen fügsam gemacht, daß sie die revolutionären Änderungen hinzunehmen bereit waren. Die Revolution erschien nach diesen Maßstäben als notwendige „Krankheit, durch welche der politische Körper zu einem neuen Leben wiedererwachen sollte“²⁴; Napoleon war ihr Arzt.

Am schärfsten formulierte ein Autor namens „Alethinos“ im Jahre 1811 den Gegensatz zwischen Entartung und praktischer Rezeption der Französischen Revolution. Hinter seinen pseudonymen Reflexionen *Ueber die Tendenz der jetzigen Zeitereignisse* verbarg sich der schwäbische Pfarrer Johann Gottfried Pahl, der durch keinerlei amtliche Abhängigkeit zur Verehrung Napoleons genötigt war. Er rühmte:

„Die französische Revolution erschien als das Werk des erwachten, auf die Erfüllung seiner lange vernachlässigten Ansprüche strebenden Verstandes, und als ein entschlossenes Bemühen, Freiheit und Recht gegen veraltete Mißbräuche, vernunftwidrige Statuten und grundlose Autoritäten herzustellen. [...] Freiheit und Gleichheit wurden die Losungswörter jener Zeit.“²⁵

Der „ursprüngliche Zweck“ der Revolution sei verlorengegangen; ungezügelter Leidenschaft, „ein scheußlicher Kampf um Geld und Herrschaft“ habe ihrem Charakter als „Produkt der Humanität“ ein Ende bereitet. Napoleon sei es jedoch gelungen, „das gährende Chaos aufs Neue zu ordnen, [...] Denn das Wahre in den Grundsätzen, von denen die Revolution ausging, blieb bei allen ihren Ausartungen immer noch anerkannt.“ Er habe ihr „das Thunliche, Zeitgemäße, Zweckmäßige und Praktische, im Gegensatz gegen die bloße Theorie“ entnommen; er habe „die Revolution auf den gefahrloseren und sicherern Weg der Reform eingeleitet“²⁶. Die Revolution habe die Gemüter der Franzosen auf Napoleon vorbereitet, und dieser habe sie zum Stillstand gebracht und ihr „einen Sinn, einen bleibenden Charakter, eine Wesenheit gegeben“²⁷.

Beseitigung des Feudalsystems, staatsbürgerliche Gleichheit, Repräsentation der Völker durch Verfassungen, allgemeine Wehrpflicht, gleiche Besteuerung, gerechtere (Land)Eigentumsverteilung, Trennung von Staat und Kirche zählten zu den fundamentalen Errungenschaften, mithin zu demjenigen, „was durch Napoleon als charakteristisch in sein Zeitalter eingeführt“ worden sei; so formulierten es Pahl und in ähnlichen Katalogen zahlreiche gleichgesinnte Publizisten²⁸. Das ließ sich gleichermaßen

²⁴ Zitate ebd., 8–10.

²⁵ *Alethinos* (d. i. Johann Gottfried Pahl), *Ueber die Tendenz der jetzigen Zeitereignisse*, in: *Der Rheinische Bund* 20 (1811) 345–367; die Identität Pahls ist zu erschließen aus: *Johann Gottfried v. Pahl, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit*, hrsg. v. Wilhelm Pahl (Tübingen 1840) 809.

²⁶ Ebd., 358.

²⁷ Was hat die französische Revolution (wie Anm. 23), 12.

²⁸ *Alethinos* (Pahl), *Tendenz* (wie Anm. 25), 360, Pahls Katalog der Errungenschaften 360–363; vgl. eine ähnliche Auflistung bei N.N., *Ueber die Gesichtspunkte, aus welchen eine Geschichte Napoleons geschrieben werden mußte*, in: *Europäische Annalen* (1808,3) 227–254.

vom Programm her für die Rheinbundstaaten als vorbildlich hinstellen. Auch mit der Monarchie auf konstitutioneller Basis schien das vereinbar, denn die „Wiederherstellung des Thrones war dem ursprünglichen Geiste der Revolution gar nicht entgegen“²⁹. Je nach Sicht betonten die Autoren einzelne Züge der Revolution als besonders wichtig. Einer erkannte „das eigentliche Wohlthätige der Revolution“ in ihrer „Lex agraria“, die den ursprünglich kleinen Stand der Landeigentümer zum größten und zahlreichsten gemacht habe³⁰. Ein anderer rühmte als große Tat die von der Revolution eingeleitete und von Napoleon vollzogene Trennung von Staat und Kirche, als er die Annexion des Kirchenstaats durch den französischen Staat (Dekret vom 17. 5. 1809) kommentierte³¹.

2. Rezeption in der Diskussion über den Code Napoléon

Bleibende Errungenschaften der Revolution wurden in Gestalt des Code Napoléon rezipiert. Eine breite Diskussion um die Einführung des Code weckte Sympathien für „französische Einrichtungen“ ebenso wie nationale Leidenschaften, sich auf das eigene deutsche Recht zurückzubedenken. Der Herausgeber der Zeitschrift *Der Rheinische Bund* öffnete gar einem anonymen Kritiker die Spalten seines Blattes, und dieser riet dringend davon ab, den Code zu übernehmen. Dieser sei „nur für französische Rechtsinstitute und Sitten, Gebräuche und Gewohnheit berechnet“, und dort gebe es nicht Adel, Lehnrecht, Zehnten, eheliche Gütergemeinschaft, Primogenitur, Fideikommiss, Servituten usw.; in Deutschland seien das aber wohlverworbene unverletzliche Rechte³². Auf dem engeren juristischen Feld entfachte der Code in den Jahren 1814/15 eine lebhafteste Fachkontroverse, ob es tunlich und an der Zeit sei, ihn für Deutschland zu übernehmen oder überhaupt ein nationales Gesetzbuch zu entwerfen. Führend waren daran beteiligt der von Landshut nach Berlin berufene Friedrich Carl von Savigny, der in Heidelberg lehrende Friedrich Anton Justus Thibaut und der Landshuter Jurist Nikolaus Thaddäus von Gönner³³.

Die dahinterstehende Interessenlage von Adel, Geistlichkeit, Grund- und Standesherrn wurde von den Zeitgenossen erkannt und ausgesprochen. In der erwähnten Zeitschrift *Der Rheinische Bund* hielt ein gleichfalls anonymes Schreiben dem für deutsche Verhältnisse abträglichen Urteil über den Code entgegen, die alten Steuerfreiheiten des Adels und der Geistlichkeit, die Rechte des Erbadeis, das Erstgeburtsrecht und die Verfügungen über Lehen seien „staatsschädlich“; man müsse „in Betreff

²⁹ Was hat die französische Revolution (wie Anm. 23), 11; vgl. auch *Alethinus (Pabl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 360 f.

³⁰ Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 237.

³¹ B., Ueber die Zurückführung des Pabstes auf die geistliche Macht, in: *Europäische Annalen* (1809, 4) 179–200.

³² C. v. K.-z., Gedanken über die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinbundes, in: *Der Rheinische Bund* (1807, 3) 474–479, Zit. 476.

³³ Vgl. hierzu die umfassende, sämtliche zeitgenössischen Quellen der Kontroverse verwertende Untersuchung von *Joachim Rückert*, Idealismus, Jurisprudenz und Politik bei Friedrich Carl von Savigny (Münchner Universitätsschriften, Juristische Fakultät, Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 58, Ebelsbach 1984).

des Guten“ von Frankreich lernen und „Thatsachen aus der Geschichte Frankreichs, welches wir ja ohnehin so gern zum Muster wählen, ausheben“³⁴.

Das Bild der Revolution, vermittelt durch den Code als ihr gezähmtes Werkzeug, blieb ambivalent. Das bekam die Regierung Montgelas zu spüren an der Publizistik des betroffenen Adels, welcher die verlorenen Rechte der mediatisierten Fürsten, Grafen und Ritterschaft wiederhergestellt sehen wollte. Ein Regierungskammerprotokoll entnahm der beschlagnahmten Flugschrift des Franz Wilhelm Fürst und Altgraf zu Salm-Krautheim heftige Angriffe auf den Rheinbund und auf die räuberischen Fürsten; der vom bayerischen König angekündigte Code Napoléon sei ein „gottloses Machwerk“, das für den bayerischen Boden nicht taue³⁵. Wichtig an solcher Publizistik ist, daß in ihr die Rezeption der Revolution und deren durch Napoleon vermittelte Maßnahmen greifbar wurden, wenn auch in kontrovers-polemischer Form.

3. Das Erbe der Französischen Revolution in den rheinbündischen Reformen

Über den Code hinaus, der ja in Bayern und Württemberg schließlich nicht eingeführt wurde, identifizierte man die Reformen in den Rheinbundstaaten als „französische Einrichtungen“ mit der Revolution; sie wurden – aus jeweils interessenbezogener Sicht – diskreditiert oder als Errungenschaft gefeiert. Auch hier erweist sich das Bild als zwiespältig. Im Jahre 1808 – das Königreich Westphalen war soeben aus der Taufe gehoben worden – dachte der Präfekt zu Marburg, Friedrich Ludwig von Berlepsch, nach „ueber das Königreich Westphalen rücksichtlich eines gewagten Blicks in die Zukunft“³⁶. Es erschien angesichts seiner verheißungsvollen Begleitpropaganda als der kommende reformierte Modellstaat schlechthin. Vor allem die grundrechtlichen Bürgschaften ließen ihn in Berlepschs Augen zur „freudigen Hoffnung einer glücklichen Zukunft für Alle“ werden³⁷: konstitutionelle Freiheit, Gewissensfreiheit und allgemeine Toleranz, Aufhebung des Feudalverbandes (Maßnahmen gegen Patrimonialgerichtsbarkeit, Lehngelder, Hand- und Spanndienste, Zehnten), öffentliche, unentgeltliche Rechtspflege, Preßfreiheit, gleichberechtigte Zugänglichkeit zu öffentlichen Ämtern, allgemeine Wehrpflicht; das empfahl den neuen Staat auch bei anderen deutschen Territorien. „Wohlerworbene Rechte“ hatten sich an dem Maßstab der „Würde des Menschen“ prüfen zu lassen³⁸.

In der Ferne zeichnet sich für den Autor bereits jene staatsbürgerliche Gesellschaft ab, die aus den Trümmern des Feudalismus erwachsen sollte: „Nichts ist der zuneh-

³⁴ Vgl. *N.N.*, Quasi-Prüfung der im neunten Hefte dieser Zeitschrift S.474 u. f. abgedruckten: Gedanken über die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinbundes, in: *Der Rheinische Bund* (1808,6) 3–23, Zit. 10, 13, 16.

³⁵ *Franz Wilhelm Fürst und Altgraf zu Salm-Krautheim*, Freymüthige Gedanken über die Wiedergeburt seines Vaterlandes. 1814, in: BayHStA MA 9540.

³⁶ *Friedrich Ludwig von Berlepsch*, Ueber das Königreich Westphalen rücksichtlich eines gewagten Blicks in die Zukunft, in: *Der Rheinische Bund* 6 (1808, Heft 16) 126–148.

³⁷ Ebd., 131.

³⁸ Ebd., 133.

menden Kultur des Bodens und der Zirkulation des Geldes im Staate hinderlicher als der Lehnsnexus.“³⁹

Die Befürworter des Rheinbundes kannten die Einwände ihrer Kritiker: Napoleon habe die deutsche Staatenwelt zertrümmert und verfolge „keinen höhern Zweck als den eines Militärbundes“. Sie hielten dem eine zu erwartende innere Angleichung in Verwaltung und Gesellschaft entgegen: „die Freiheit und Einheit der Rechte, der Handlung, der Justiz, der Polizei, der Gewichte und Maaße, der National-Industrie“⁴⁰, mit anderen Worten: modernisierende Reformen.

Namentlich Bayerns Fortschritte wurden gerühmt: „Bayern hat ein Muster aufgestellt, daß man durchgreifende Reformen mit großer Schonung des Bestehenden verwirklichen kann.“⁴¹ Und unter staatspolitischem Gesichtspunkt befand gar ein Autor: „Das Königreich Baiern, wie es izt [1808] ist, ist mächtiger als das heilige römische Reich deutscher Nation, wie es noch vor 4 Jahren war.“⁴²

Die Betroffenen hingegen verteidigten mit allen publizistischen Mitteln die Vorrechte, die ihnen genommen werden sollten. In Flugschriften beklagte der Adel die Aufhebung seiner Steuerbefreiung, die Konskriptionspflicht und die drohende Beseitigung seiner gutsherrlichen Einkünfte mit der polemischen Frage: „Soll Alles dem gallischen Nivellirungs-System unterliegen?“⁴³ Er empfand das als Maßnahmen im Geiste der Revolution; unter dem Rheinbund habe gegen ihn das „Gefühl des rücksichtslosesten Egoismus während einer Periode von 7 Jahren gewüthet“; „Dieser Bund hat niemals einen Rechtstitel seiner Unterdrückungen angeführt, sondern er begnügte sich, auf praktisches Unrecht gestützt, im Friedensstande befindliche [...] Mitstände zu unterjochen.“⁴⁴

Eine in Bayern beschlagnahmte württembergische Flugschrift bezeugt, daß auch die Bürgerlichen Grund zur Klage hatten. Zunächst erging sich der Autor in allgemeinen Angriffen: König Friedrich I. erschien als absoluter Herrscher, der sich einer allwissenden „geheimen Polizei“ bediene und Württemberg mit „1000 Polizeispienen“ umstelle und der Briefe erbreche; er habe den Königstitel durch Eidbruch gegenüber den Ständen und durch das Blut von 30 000–40 000 Landeskindern von Napoleon erkaufte. Erst allmählich begreift der Leser das eigentliche Motiv des Zorns: Die krasseste Ungerechtigkeit nämlich dünkte den Verfasser die Maßnahme, auch die Studenten unterschiedslos gemeinsam mit den niederen sozialen Schichten zum Wehrdienst heranzuziehen; es müßten „die zum Studiendienst für das Vaterland gewidmete[n] zu Strapazen unfähige[n] Studierenden] unter die Gemeinen eintreten“⁴⁵.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ K., Aphorismen über die deutsche National-Einheit als Zweck des rheinischen Bundes, in: Der Rheinische Bund 5 (1808, Heft 39) 371–382, Zit. 377 f.

⁴¹ N.N., Einige Bemerkungen über den Modeton deutscher politischer Schriftsteller, nebst einer Friedenspredigt an ihre Partheyen, in: Der Rheinische Bund 14 (1810) 273–297, Zit. 273.

⁴² Geschichte Napoleons (wie Anm. 28) 231.

⁴³ Deutschlands Adel (wie Anm. 8), 20.

⁴⁴ [Maria Joseph Graf Fugger-Babenhausen], Materialien zu Germaniens Wiedergeburt als Beitrag zu den Beherzigungen des Wiener Kongresses, von einem Deutschen Fürsten entworfen. 1814, 8, in: BayHStA MA 9551.

⁴⁵ N.N., Württembergs Rechte. Erstes Wort einer Appellation an die hohen Befreyer Deutsch-

Mit Anspielung auf die Schreckensherrschaft Robespierres fragte der Kritiker: „Ein Fürst, der seine heiligsten, besondersten Pflichten vergessend, seine Regenten Macht mißbraucht, um seiner Nation Verfassung durch ihr eigen Blut und Gut umzustürzen, ist dieser ein weniger schlimmer Revolutionär, als jener Abenteurer?“⁴⁶

Diese Argumentation enthielt eine folgenschwere Logik: Die extreme Phase der Französischen Revolution, deren Gewalt- und Willkürherrschaft wurden in eine Reihe gestellt mit den rheinbündischen Reformen als antiständischer Revolution von oben. Anders ausgedrückt: Die Erfahrungen mit den rheinbündischen Reformen, vor allem deren Vermischung absolutistischer und revolutionärer Elemente, bremsen oder diskreditieren in Deutschland zugleich die Rezeption der Revolution von 1789, wobei deren Fieberphase als ihr eigentliches Wesen genommen wurde.

Diese ideologische Deutung der Reformen untergrub auch die Legitimität der regierenden Rheinbundfürsten. Um so gründlicher versuchten sie, diese Publizistik zu unterbinden, wie exemplarisch eine Fahndung bei einem Rothenburger Goldarbeiter bezeugt, der unter anderem im Jahre 1814 die Streitschrift *Baiern unter der Regierung des Ministers Montgelas* hatte verbreiten wollen. Sobald dem Minister die Schrift aus einem Buchhändlerkatalog bekanntgeworden war, ließ er intensiv im Lande danach forschen, nach langwierigen Recherchen schließlich mit Erfolg⁴⁷.

Bei dieser Fahndung griffen die bayerischen Behörden zugleich eine Broschüre mit dem Titel auf: *Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes*. In dieser Art Publizistik tat sich für die rheinbündische Reformpolitik neben den revolutionären Assoziationen eine weitere gefährliche Herausforderung auf: der Vorwurf mangelnder „Deutschheit“. Er schien die öffentliche Meinung in Deutschland zu spalten, wie der Regensburger Generalkommissär wahrnahm. Denn sich auf die „Tendenz der Deutschheit“ zu berufen, äußere sich „bey den nordischen Gelehrten als der Ausbruch eines wilden Hasses gegen ihre übrigen deutschen Brüder und die Souveraine des südlichen Deutschlands. Die deutsche Freyheit ist der Aushäng Schild, unter welchen die zügelloseste Frechheit dieser Schriftsteller erscheint, die nichts mindres als einen allgemeinen Aufruf der Völker gegen ihre Regenten bezweckt“⁴⁸. Revolution, Reformen, rheinbündische Innenpolitik wurden als undeutsch abgetan und angegriffen. Eine in Bayern aufgegriffene, aber eigentlich für die sächsische Bevölkerung bestimmte Streitschrift urteilte:

Fortsetzung Fußnote von Seite 132

lands. Im zweyten Jahr der Wiederherstellung des Staats- und Völkerrechts in Europa [März 1814], Zit. 20f., 34, in: BayHStA MA 9538.

⁴⁶ Ebd., 22.

⁴⁷ Bericht des kgl. Maut- und Hallamts Rothenburg vom 29.3.1814, es habe bei dem dortigen Goldarbeiter und Bürger Kraft Flugschriften aufgegriffen, welche jenem aus Leipzig (vom Buchhändler Reiche) zugegangen seien, und zwar im einzelnen:

- 12 Exemplare „Baiern unter der Regierung des Ministers Montgelas“,
- 12 Exemplare „Würtembergs Rechte“ (wie Anm. 45),
- 3 Exemplare „Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes“ (vgl. folg. Anm. 48), BayHStA MA 9546 und 9549.

⁴⁸ Bericht des Generalkommissärs des Regenkreises in Regensburg, *Max Graf von Lodron*, vom 21.3.1814 über die Flugschrift „Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes“, BayHStA MA 9545.

„Als Ihr Buonaparte's Knechte waret, da hießet Ihr freylich Sachsen, aber im eigentlichen Sinn waret Ihr – Franzosen! Jetzt werdet Ihr vielleicht Preußen heißen, aber – Ihr werdet Teutsche seyn.“⁴⁹

Dieses Verdikt traf auch die rheinbündische Publizistik, zunächst bei den Zeitgenossen, später bei der nachfolgenden nationalen historischen Forschung. Selten wurde erkannt – und dann nur als „Paradox“ bewertet, daß sie unter ihren spezifischen Voraussetzungen nationalen Leitbildern folgte⁵⁰. Diese nationalen Dimensionen der Rheinbundpublizistik verdienen genauer betrachtet zu werden.

4. Der Rheinbund und Napoleon als Hüter nationaler Einheit.

Die Rezeption der französischen Prinzipien bewahrte nach dem Zusammenbruch des Alten Reiches in den Augen ihrer Anhänger noch einen Rest nationaler Einheit Deutschlands. Ihr gemeinsames Fundament hieß „Rheinbund“. Die „Revolution der Begriffe, Meinungen und Grundsätze“ bewirke eine nationale „Wiedergeburt“, der eine verheißungsvolle Zukunft – die National-Einheit – bevorstehe, auch wenn die Gegenwart düster aussehe⁵¹.

In den Visionen der Rheinbundpublizisten tauchte erstmals, soweit ersichtlich, die Vorstellung einer „Revolution von oben“ auf. Einer der Ihren propagierte etwa, man könne von „unseren transrhenanischen Nachbarn“ die „verständigsten Ideen“ aus der Revolution lernen, ohne deren Übertreibungen mitzumachen. Mit anderen Worten: „Wir, gleich Anfangs unter günstigeren Auspizien, das heißt, *von oben herab*, zu ihrer [der Ideen] Anwendung berufen, wir, durch das nahe Beispiel belehrt und gewarnt, wir könnten ein vollendetes Ganzes bilden“; dieses nannte er „Deutschland“⁵².

Selbst eine Stimme aus dem Kreis der betroffenen adeligen Reichsstände kam nicht umhin, in den erfahrenen territorialen Umwälzungen die „Wiedergeburt und Umformung der alten deutschen Staatsverfassung“ zu respektieren; der Beobachter kommentierte dazu: „Als Hauptprinzip der Revolution ward schon die Vereinigung der zahlreichen kleinen Staatsterritorien unter der Oberherrschaft der wenigen mächtigeren Reichsstände ausgesprochen.“⁵³ Am leidenschaftlichsten äußerten sich die nationalen Hoffnungen, getragen von Frankreichs und Napoleons Politik, in einem Aufsatz *Ueber Deutschlands politisches Interesse*. Napoleon erschien als der „Retter aller Nationen Europas“, der Italiener und Holländer zumal, und auch „der Jude athmet frei als Bürger und als Glaubender“. Die nationale Zukunft liege in „Deutschlands Völkerbund“, der „durch Dankbarkeit auf immer an Frankreichs Interesse gefesselt, Europas Vormauer gegen Asiens Tartaren bildet“. Der Verfasser hielt Napoleon für wür-

⁴⁹ A ... Z, Sendschreiben eines Sachsen an seine Landsleute im September 1814. Teutschland, 7, in: BayHStA MA 9555.

⁵⁰ Vgl. von Raumer, Rheinbund (wie Anm. 11), 341 f.

⁵¹ Alethinus (Pabl), Tendenz (wie Anm. 25), 354.

⁵² N.N., Das Gebirge öffnet sich, in: Der Rheinische Bund 5 (1808) 299–303, Zit. 301.

⁵³ v. A., Anfrage und Auffoderung [!] an die Redaktion der Zeitschrift: Der rheinische Bund, in: Der Rheinische Bund 6 (1808) 294–297, Zit. 295.

dig, ein deutsches „Nationaldenkmal“ zu bekommen – „auf der steilsten und höchsten Felsenwand Deutschlands“⁵⁴.

Selbst dem neugeschaffenen Königreich Westphalen waren nationale Komponenten abzugewinnen. Es bestehe „aus verschiedensten deutschen Völkerstämmen“: aus Alt- und Neupreußen, Hannoveranern, Hessen und Braunschweigern. Bald werde „der Nationalhaß, der in Deutschland unter Deutschen anzutreffen war“, angesichts gleicher Verfassung und Verwaltung verschwunden sein⁵⁵.

Die Verteidiger des Rheinbundes stellten das „neue Föderativsystem“ – die „Schöpfung des französischen Kaisers“ – dem „alten System des Gleichgewichts“ gegenüber, dieses repräsentiert durch Großbritannien. Die Prinzipien der Französischen Revolution entwickelten sich in ihren Augen unter der Hand Napoleons zu einem neuartigen europäischen Friedenssystem: „Dem Continente steht ein langer Friede bevor, der, ohne irgend eine National-Eigenthümlichkeit zu vernichten, die Grundlage einer höheren und allgemeineren Entwicklung der Geister werden wird.“⁵⁶

Diese Zukunftsvision verlor freilich immer mehr an Überzeugungskraft, je länger die Kriege Napoleons dauerten und je heftiger die betroffenen Nationalitäten darunter litten. Im Laufe der acht Rheinbundjahre mußten seine Propagandisten immer mehr die durch Frankreich vermittelten, langfristig erhofften Errungenschaften gegenüber den unmittelbaren Kosten der Gegenwart herausstreichen, um den Argumenten der Kritiker entgegentreten zu können; aus dem System des Rheinbundes erwuchs für die Gegner „ein Friede, der die Welt in einen ungeheuren Kirchhof verwandelt; ein Friede, der mit der Vernichtung jeder National-Eigenthümlichkeit verbunden seyn wird; ein Friede endlich, der alles in den Schlund einer einzigen Alleinherrschaft stürzt“⁵⁷.

Es ist zu beobachten, wie die süddeutsche Rheinbundpublizistik mit dem einhergehenden menschlichen Leid und materiellen Opfer der Kriege zunehmend unter Legitimationsdruck geriet, wie auch die Erklärungen Napoleons an Glaubwürdigkeit verloren, wie die Praxis die Idee beständig diskreditierte. Ein Augsburger Professor Kayser schrieb im Dezember 1813 in den Probebogen seiner dann doch nicht genehmigten Zeitschrift: „Als der Revolutions-Krieg die ersten Schaaren von Franzosen auf Teutschen Boden geführt hatte, ward das Panier der Freiheit aufgestellt. [...] An die Stelle des Freyheitsbaums hat der jetzige Gewalthaber Frankreichs das Panier seines offiziellen Blattes aufgestellt.“⁵⁸ Napoleons *Moniteur* mußte sich messen lassen am Prinzip der Preß- und Meinungsfreiheit.

⁵⁴ W., Ueber Deutschlands politisches Interesse, in: Europäische Annalen (1807,1) 90–100, Zit. 95 ff., 99.

⁵⁵ Berlepsch, Westphalen (wie Anm. 36), 127.

⁵⁶ F.B., Ueber das alte System des Gleichgewichts und über das neue Föderativ-System, in: Europäische Annalen (1806,3) 101–113, Zit. 113.

⁵⁷ Ebd., 103.

⁵⁸ Probebogen der geplanten Zeitschrift „Erläuterung der Zeit-Vorfälle. Für teutsche Gemüther“, aus dem 1. Aufsatz: „Der Feind säet umsonst Unkraut unter den Weizen“, BayHStA MA 9532; darin auch in der 2. Lieferung der ironisch-polemische Aufsatz: „Ueber teutsche Barbaren und civilisirte Franzosen“ sowie „Europa am Tage der Krönung Napoleons zum Kaiser von Frankreich“ (Rückblick auf 9 Jahre).

Die Rheinbundpublizisten stellten sich mit Blick auf Napoleons Zwecke und Taten selbst die Frage, „ob sie mit den Entbehrungen und Opfern der Gegenwart zu theuer erkaufte sind“⁵⁹. Immer mehr werde die Freiheit der Völker niedergehalten; immer tiefer sinke der allgemeine Wohlstand; die „maschinenmäßigen Anordnungen“ des absoluten Regiments unterdrückten den freien Geistesschwung der Bürger; die Abgaben würden unerschwinglich; die Zeit strebe „einem traurigen Zustande von Herabwürdigung und Elend entgegen“⁶⁰. Fast scheint es verwunderlich, daß solche Zeiturteile überhaupt die Zensur passieren konnten. Sie dienten als Folie universalhistorischer Dimensionen, die solche Bedenken entkräften sollten: „Es muß das Erz durchs Feuer gehen, ehe es zur herrlichen Bildsäule sich gestaltet.“⁶¹ Die Publizisten erkannten zweifellos die Problematik, das Nationale mit dem Menschheitlichen, das Deutsche mit dem Europäischen, das Historische mit dem Gesellschaftlichen zu vereinigen. Sie wollten jeweils beides, und das mit Bezug auf die Französische Revolution und auf Napoleon als ihres Katalysators. Überlegungen, wie eine künftige Geschichte Napoleons geschrieben werden mußte, mündeten im Jahre 1808 in der Erkenntnis, der Kaiser habe beabsichtigt, „die Revolution, diese nothwendige Kraftäußerung der ihren alten Formen entwichenen Menschheit, zu einem Schlusse zu führen, wodurch ihr Zweck, Verbesserung des gesellschaftlichen Zustandes, auf eine sichere und dauerhafte Art erreicht würde.“⁶²

In einer Zeit, die vom Erwachen des nationalen Sinns geprägt war, auf dessen Gefahren hinzuweisen: das durfte in der deutschen Öffentlichkeit nicht viel Resonanz versprechen. Die Zeiten alteuropäischer Aufklärung gingen zu Ende mit ihrem Glauben, „daß statt des einseitigen Nationalgeistes ein edlerer Geist des Kosmopolitismus und des allgemeinen Brudersinns erwache“⁶³

5. *Revolutionsrezeption als propagandistisches Schreckbild*

Schließlich schlug die Argumentation der Rheinbundpublizisten, ihre enge Verbindung von Revolution, Napoleon und aktuellen gesellschaftlichen Zuständen, auf ihre Urheber zurück oder anders gesagt: Die Prinzipien der Französischen Revolution, die Reformen der Rheinbundstaaten, der Rheinbund selbst sowie sein Schöpfer Napoleon und namentlich die hart erfahrenen Opfer für seine Feldzüge zwischen 1806 und 1813 wurden zu einem Schreckbild zusammengefügt. Geradezu beispielhaft kam das in einer Pressefehde zwischen der renommierten Augsburger *Allgemeinen Zeitung* und dem von Joseph Görres redigierten *Rheinischen Merkur* zum Ausdruck. Die *Allgemeine Zeitung*, die sich in der Regel eigener Rasonnements weitgehend enthielt, brachte im Juli 1814 einen höchst streitbaren Artikel aus dem von Trient nach Innsbruck verlegten *Boten von Tirol*⁶⁴. Indem die *AZ* dessen Urteile in ungewöhnlich aus-

⁵⁹ Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 228.

⁶⁰ *Alethinos (Pabl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 364 f.

⁶¹ Ebd., 365 f.

⁶² Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 229.

⁶³ *Alethinos (Pabl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 366.

⁶⁴ *Allgemeine Zeitung*, Augsburg, Nr. 194 vom 13.7.1814, S. 776; der Artikel im „Boten von Ti-

führlicher Weise wörtlich übernahm, gab sie zugleich ihre eigene Position zu erkennen; sie polemisierte auf diese mittelbare Weise gegen einen heraufziehenden „deutschen Jakobinismus“, selbstverständlich mit Seitenblick auf Görres' politische Vergangenheit im Rheinland. Die Aufsätze seines Blattes seien „demagogisch“; er sammle seine politischen Rasonnements auf der Landstraße und in den Wirtshäusern, appelliere an das „mißvergnügte Volk“. Der Angelpunkt lag in der Feststellung: „Der Verfasser dieser Aufsätze ist offenbar einer von denjenigen, die in der Französischen Revolution nichts Verwerfliches sehen als den Despotismus des Kaisers Napoleon.“

Für die *AZ* und den *Boten von Tirol* ließ sich beides nicht trennen. In der Weise, wie sie den Sieg über Napoleon erklärten, offenbarten sie, was ihnen die Revolutionsrezeption bedeutete. Sie unterschieden zwei „Klassen“ von Zeitbeobachtern; die eine schreibe den Erfolg „dem sogenannten Volke“ zu, die andere, größere spreche hingegen von „überirdischen Einwirkungen und der unmittelbaren Fügung Gottes“. Dann stellte der Korrespondent die Zusammenhänge eindeutig her:

„Wer die erstere Klasse recht deutlich ins Auge zu fassen sich die Mühe nehmen will, wird finden, daß sie der Erbe des Kaisers Napoleon ist, so wie dieser der Erbe der Revolution war; wie er gegen die Revolution, so müssen sie gegen ihn streiten, um so erbitterter, jemehr es darauf ankommt, die eigne Abkunft zu verbergen, und doch um so nachgiebiger, als die ausschweifende und störende Absicht dem sogenannten Volke, den Demagogen und dem Imperator gemein ist.“

Hier sollte ein Schlußstrich unter die Rezeption der Französischen Revolution gezogen werden. Es mußte wiedergewonnen werden die „Weltordnung, die durch unsern reformirenden und revolutionirenden Vorwitz, aber nicht durch den Despotismus des Kaisers Napoleon verloren ging“. Der Ruf nach der alten Ordnung und nach dem Glauben an Gott wies voraus auf die Zeitwende: Zwei Jahre später – 1816 – veröffentlichte Karl Ludwig von Haller den ersten Band seines Werks über *Die Restauration der Staatswissenschaften*, das der folgenden Epoche und einer wichtigen Richtung ihrer Publizistik den Namen gab. Das beschriebene Schreckbild mit seiner Diskriminierung des vorausgegangen gesellschaftlichen und politischen Wandels belastete die Rezeption der Prinzipien von 1789 in der folgenden deutschen Geschichte mit einer schweren Hypothek.

6. Brücken der Revolutionstradition über die Befreiungskriege hinweg

Einzelnen kritischen Zeitbeobachtern gelang es jedoch, die imperialen Züge der Politik Napoleons von den weiterreichenden historischen Tendenzen zu trennen. Der heute vergessene außerordentliche Professor der Philosophie in Erlangen, Alexander Lips, erinnerte 1814 in einer Schrift daran: „Wie aus Amerika die Freiheit in den Fahnen ihrer Verfechter nach Frankreich getragen wurde, und von Frankreich nach Spa-

Fortsetzung Fußnote von Seite 136

rol“ stammte vom 7.7.1814; vgl. Görres Kommentar in: Rheinischer Merkur Nr.89 vom 19.7.1814, in: *Joseph Görres, Gesammelte Schriften*, hrsg. v. *Wilhelm Schellberg* und *Adolf Dyroff*, fortgef. v. *Leo Just*, Bd.6–8 (Köln 1928).

nien kam, so wird sie auch nach Deutschland ihren Fuß setzen. Allenthalben freie Konstitutionen, überall Liberalität, Trennung der Gewalten, eine andere Zeit, eine andere Denkart in allen Dingen!“⁶⁵ Auch das gehörte noch zur süddeutschen Publizistik der ausgehenden Rheinbundära. Der Pariser Friede war soeben abgeschlossen worden, und von dem bevorstehenden Wiener Kongreß erhoffte sich der Philosoph, es möchten „die Früchte reifen, welche die Zeitgenossen mit Recht von einer Revolution erwarten, die, politischer Art, in der Weltgeschichte Epoche machend“ gewesen sei. Die alten Formen seien zerbrochen: „Diesen großen Dienst erweist uns nicht bald wieder eine Revolution.“ Lips hatte sehr konkrete Vorstellungen: Abschaffung der stehenden Heere, einen deutschen Föderativstaat, Nationalbewaffnung, Steuerreform, Gewaltenteilung, Repräsentativverfassung und freie Wahlen, Handels- und Gewerbefreiheit, kirchliche Einheit, allgemeine Denk- und Preßfreiheit – alle diese Forderungen waren ohne das Vorbild der Französischen Revolution undenkbar. Er schrieb es selbst nieder:

„Dieß sind die Früchte, die diese Revolution gereift. Von diesem Moment hängt es ab, sie zu ergreifen, oder ungenossen, wie bei allen früheren Revolutionen, vorübergehen zu lassen. Ergreift sie Deutschland, so hat es die Revolution benutzt, ohne sie mitgemacht, und ohne durch Bürgerblut sie errungen zu haben, das Lösegeld aller Revolutionen.“⁶⁶ Montgelas ließ diese ihm vorgelegte Schrift nicht verbieten, denn sie war bereits an die meisten Buchhandlungen Deutschlands verschickt, so daß es unmöglich war, sie noch zu unterdrücken⁶⁷. Die Brücke der Revolutionsrezeption brach nicht ab.

Trotz allen Rufens nach Glaube, alter Ordnung oder alter deutscher Freiheit innerhalb der neuen Publizistik verschmähte selbst ein Teil des Reichsadels es nicht, nun nach Frankreich und auf die dort restituierten Errungenschaften revolutionärer Abkunft zu blicken, wie sie in der „Charte constitutionnelle“ Gestalt angenommen hatten. Im Vergleich dazu mußte er die deutschen Zustände vom Rückschritt bedroht ansehen:

„Freuet sich doch Frankreich seiner jetzigen Constitution, seiner Volks-Repräsentanten, seiner Gesetze, seiner Freyheit; und das siegreiche Teutschland sollte allein verächtliche Sklaven-Ketten tragen? Das teutsche Volk und der teutsche Reichs-Adel setzt seine ganze Freiheit in eine gerechte, bleibende und bewahrte Constitution.“⁶⁸ Der schließlich neugeschaffene Deutsche Bund, der in manchen seiner Verfassungsformen dem Rheinbund verpflichtet war, vermochte zweifellos selbst diese bescheidenen Hoffnungen des liberal gesonnenen Reichsadels kaum einzulösen.

⁶⁵ *Alexander Lips*, Der Wiener Congreß oder was muß geschehen um Deutschland von seinem Untergang zu retten und das Interesse aller Fürsten und Nationen daselbst zu vereinen (Erlangen 1814) 4 als Anlage des Akts im BayHStA MA 9552.

⁶⁶ Ebd., 47.

⁶⁷ Montgelas ließ aber Lips durch das Generalkommissariat anweisen, seine Schriften politischen Inhalts künftig zunächst vorzulegen, in: BayHStA MA 9552.

⁶⁸ *N.N.*, Ansicht über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichs-Adels in Teutschland (1814) 29, in: BayHStA MA 9554.

Résumé de la communication de Wolfram Siemann

La Révolution française a, en beaucoup de domaines: abaissement de la noblesse, obligation du service militaire, égalité civile, émancipation des juifs, codification de la constitution, réforme agraire, tolérance confessionnelle, inspiré la révolution «par en haut» telle que la connurent les états du sud de l'Allemagne membres de la Confédération du Rhin. Si la recherche historique a privilégié l'étude des réformes intervenues dans l'Etat et dans la société, elle a quelque peu délaissé celle de l'opinion publique telle qu'elle a pu se manifester en particulier dans la presse.

Celle-ci, par exemple les *Europäische Annalen* (Tübingen puis Stuttgart), le *Rheinische Bund* (Francfort), avait tout loisir de se livrer à l'étude critique de la Révolution française à condition de ne pas attaquer Napoléon. Dans l'étude du contenu de la Révolution l'on s'abstenait de parler de la proclamation des droits de l'homme ou des projets constitutionnels des Jacobins allemands.

L'analyse de la Révolution, dans la presse de l'époque, a tourné autour de la question: «Qu'est-ce que la Révolution française a fait pour Napoléon Ier et qu'est-ce que Napoléon Ier a fait pour la Révolution?» (*Europäische Annalen* 1805). On accordait à la Révolution une importance européenne et même universelle mais seul Napoléon en aurait permis l'accomplissement. On comptait parmi les conquêtes fondamentales: l'abolition du régime féodal, l'égalité entre les citoyens, le service militaire obligatoire, l'égalité devant l'impôt, une répartition plus équitable de la propriété, la séparation de l'Eglise et de l'Etat.

Un vaste débat s'instaura aussi à propos du Code Napoléon qui a suscité des sympathies pour les «institutions françaises» issues de la Révolution, mais aussi des débats passionnés touchant le propre droit allemand. Certains contemporains ont défendu les intérêts de la noblesse, du clergé, des propriétaires fonciers et des autres «ordres» («Stände»). L'œuvre de la Révolution a donc donné lieu à controverses.

De même les réformes introduites dans les états de la Confédération du Rhin ont été en tant qu'«institutions françaises», identifiées à Révolution, célébrées comme une conquête ou soumises à la critique. Il y eut donc également débat sur ce point.

Après l'effondrement du Saint-Empire, l'introduction des principes français est apparue, aux yeux de leurs partisans, comme un facteur d'unité nationale en Allemagne dont la Confédération du Rhin serait l'instrument. On a cru que «la révolution des idées, opinions et principes» pouvait ouvrir la voie à l'unité nationale en dépit d'un présent défavorable.

On a, dans d'autres milieux, notamment dans ceux éprouvés par les conséquences des campagnes militaires entre 1806 et 1813, dressé une image effrayante des principes de la Révolution, des réformes intervenues dans les états de la Confédération du Rhin et de celle-ci en soi, de même que de son fondateur Napoléon. Dans une atmosphère de nationalisme passionné, l'on a opposé cette image à celle de la «vieille liberté allemande». Pareilles démarches hypothéquaient lourdement l'appréciation portée sur la Révolution dans les périodes qui suivirent.

Il y eut toujours, malgré tout, quelques publicistes impartiaux pour rappeler que la politique impérialiste de Napoléon et la nécessité historique de continuer la diffusion des principes de la Révolution étaient deux choses tout à fait différentes.

Diskussion zum Referat von Wolfram Siemann

Leiter: Karl Otmar Frhr. von Aretin

Ausgehend von der Feststellung, die Darstellung Siemanns zeige ein sehr viel differenzierteres Bild der Französischen Revolution und ihrer Folgen in der Publizistik des Rheinbundes, als dies bisher gesehen worden sei, erklärte *H. Berding*, der Rheinbund werde ganz allgemein sowohl als Instrument Frankreichs als auch als Vorläufer der deutschen Einheit in der Geschichtsschreibung betrachtet. Außerdem wies er auf ähnliche Entwicklungen hin, wie sie der Referent für die Publizistik dargestellt hatte, und zwar 1. im politisch-administrativen Bereich. So sei es 1813/14 in Hannover geradezu zu Säuberungsaktionen gegen den Adel gekommen, der sich mit der Revolution eingelassen hatte. In Kassel sei die Reformpolitik z. T. bis in die Restaurationszeit fortgesetzt worden, Reformpolitiker seien aber mitunter Säuberungsaktionen zum Opfer gefallen. 2. im Bereich der Insurrektionen. Hier habe es nationale Interessen, aber auch Elemente gegeben, die gegen die Restauration gewesen seien. Für *W. Siemann* gibt es keinen Widerspruch zwischen Nationalstaatsgedanken und positiven Äußerungen zu Reformen. Nach 1806 habe der Rheinbund die einzige Hoffnung auf eine nationale Einheit dargestellt und sei gleichzeitig als Träger von Reformen begrüßt worden. Man könne also nicht sagen, das Nationale sei nur aus der Opposition gegen Napoleon entstanden, zumal die Befreiungskriege erst später stattgefunden hätten. Kritik an den Reformen sei dagegen von denjenigen ausgegangen, die durch sie Einbußen und Privilegienverluste erlitten hätten. Bezüglich eines entstehenden „Rheinbundpatriotismus“ erwähnte *K. O. Frhr. v. Aretin* einen Brief Adolf Winkopps (Herausgeber der Zeitschrift *Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts*) an Christoph v. Aretin aus dem Jahre 1806, in dem der Publizist erklärt habe, „wir sind das eigentliche Deutschland“, und damit eben nicht Preußen und Österreich gemeint habe.

Inwiefern die Träger einer „süddeutschen öffentlichen Meinung“ Bürokraten gewesen seien und wieweit es sich hierbei nur um einen Spiegel der innerbürokratischen Diskussion gehandelt habe, interessierte *E. Fehrenbach*. Sie nannte dabei als Parallele die Diskussion um den „Code“, wo Personen der gesetzgebenden Gremien auch an die Öffentlichkeit gegangen seien (z. B. Feuerbach). Der Referent wies darauf hin, daß hierzu noch genauere Recherchen nötig wären, ob es sich tatsächlich nur um staatsgelenkte Propaganda gehandelt hätte. So seien viele Schriften anonym erschienen. Als Gegenbeispiel könne der schwäbische Pfarrer Pahl dienen, der sich aus eigenem Antrieb als Publizist gemeldet habe.

Auf die Frage von *M. Botzenhart*, wie die Befürworter der Errungenschaften der Französischen Revolution zum Problem der Gewalt gestanden seien, zeigte *W. Sie-*

mann, daß diese Publizisten einen gewaltsamen Weg für nicht mehr notwendig gehalten hätten. Das sei in ihren Augen bereits in Frankreich geleistet worden, man habe geglaubt, nur noch die Reformen weiterentwickeln zu müssen. Bei der Gewalt habe man zwischen „schlechter“ und „guter“ Gewalt unterschieden, d.h. zwischen Entartung (z.B. Abschaffung des Königtums, Guillotine) und dem, was durch Napoleon als das Wesentliche konserviert worden sei. Man habe, nach Siemann, auch mit dem „gesellschaftlichen Wandel“ argumentiert. Grundprinzip für die Reformen sei für die Publizistik die Gleichheit gewesen (z.B. Eigentumsverteilung dürfe nicht mehr rückgängig gemacht werden, Trennung von Staat und Kirche).

Ein wesentlicher Teil der Diskussion behandelte im folgenden das Weiterleben früherer Reformgedanken in den Zeitschriften des Rheinbundes. Auf eine Frage *H. Brandts*, ob der Napoleonismus den liberalen Verfassungsgedanken der vorhergehenden Phase gänzlich zurückgedrängt habe, zeigte *W. Siemann*, daß in der Rheinbundpublizistik zu diesem Thema keinerlei Reflexionen mehr angestellt worden seien (zumindest hätte er dazu nichts gefunden), die Prinzipien seien aber übernommen worden.

Eine Verbindung zu den vorrevolutionären Reformideen stellte *P. A. Bois* her. Man sei in allen Staaten, Preußen inbegriffen (siehe Nassauer und Rigaer Denkschrift), von der Notwendigkeit von Reformen zur Verhinderung einer Revolution überzeugt gewesen. Instrument all dieser Reformen sei die Verwaltung gewesen, also eine „zentralgeleitete Macht“, d.h. eine Revolution von „oben“. Das Problem, das daraus entstehe, sei: Was ist aus dem Prinzip der Volkssouveränität geworden? Diese Frage sei in Deutschland bis 1918 wichtig gewesen. Nach *W. Siemann* behandelte die Publizistik der Zeit das Problem der Reformen durch Verwaltungsakte, also der Revolution von „oben“. Die Hoffnung habe sich auf die Rheinbundverfassung gerichtet, auf die Einberufung des Bundestages in Frankfurt. Man wollte also, daß die Repräsentation Wirklichkeit werde. Der Verfassung habe aber nie Leben gegeben werden können.

Auf die ältere Reformtradition des aufgeklärten Absolutismus ging schließlich *V. Press* ein. Ihn interessierte besonders, inwieweit diese in die Rheinbundpublizistik Eingang gefunden habe. Weiterhin wollte er wissen, ob hier thematisiert werde, daß Napoleon zur Monarchie zurückgekehrt sei, und ob es für die Autoren ein Problem bedeutet habe, ihren jeweiligen eigenen Monarchen mit der gebührenden Hochachtung gegenüber dem „Übermonarchen“ Napoleon darzustellen. *W. Siemann* hielt jedoch eine säuberliche Trennung der Bezüge zum aufgeklärten Absolutismus und solchen zur Französischen Revolution nicht für möglich. Auch habe er in der von ihm untersuchten Publizistik keinen direkten Hinweis auf Friedrich II. oder Joseph II. gefunden. Man sei auf das französische Vorbild fixiert gewesen, das man als Muster angesehen habe. Die Rückkehr Napoleons zur Monarchie habe jedoch kein Problem dargestellt, da die Revolution ja ursprünglich die Monarchie nicht habe vernichten wollen. Dies habe auch die Argumentation gegenüber den Fürsten erleichtert.

Die Frage *W. K. Blessings* nach dem Leserkreis konnte *W. Siemann* für die politische Rheinbundliteratur nicht beantworten. Er habe aber in einer württembergischen Zensurliste, die für die Zeit von 1811–15 527 Titel enthalte, Hinweise hierzu über die Autoren gefunden. Diese kämen in dieser Aufstellung hauptsächlich aus dem Bereich

Kirche und Erziehung, nicht also aus dem typischen freiberuflichen Bildungsbürgertum. Der größte Teil der aufgeführten Titel betreffe Literatur zur allgemeinen Volksbildung, sei also sehr viel bescheidener als die Vorstellungen über die kritische Literatur der Zeit. Zensur sei immer dann angewendet worden, wenn es sich im Sinne der Aufklärung um „abergläubische“ Literatur gehandelt habe, weit weniger im politischen Bereich. Das „Volk“ müsse davor bewahrt werden, habe dabei als Maxime gegolten. Als Beispiel nannte Siemann Jung-Stillings *Theorie der Geister-Kunde* (1808), die unter den Bauern und dem einfachen Volk zirkuliert habe und verboten worden sei. Anhand des Falles dieser württembergischen Zensurliste wollte der Referent ein Indiz für die Leserwirkung in dem genannten Bereich erkennen, erklärte aber ergänzend, für die politische Rheinbundliteratur kein entsprechendes Material zu besitzen.

Den von Habermas diskutierten Komplex Öffentlichkeit, öffentliche Meinung usw., der häufig mit dem Vereinswesen in Verbindung gebracht wurde, führte E. Fehrenbach ein. Sie sah durch den vielfach hergestellten Zusammenhang Vereinswesen – Reformzeit einen norddeutschen Schwerpunkt entstehen (z. B. die Lesegesellschaften), wies aber auf die konträre Entwicklung nach 1830 hin. So habe in dieser Zeit erst die eigentliche „Vereinswelle“ im Süden begonnen. Für E. Fehrenbach stellte sich deshalb die Frage, ob es nicht auf dieser Ebene eine Kontinuität von der Aufklärungszeit an bis nach 1830 gegeben habe, was andererseits auch heißen würde, die süddeutschen Verfassungen seien eben doch nicht nur „bürokratisches Kalkül“ gewesen. Bei dem von W. Siemann zitierten Alexander Lips bemerke sie einen ganz ähnlichen Forderungskatalog, wie er in der rheinischen Adressenbewegung von 1817/18 zu finden gewesen sei, d. h. bei den Adressen von Köln, Trier usw., die dann an Hardenberg weitergegeben worden seien. Auch diese Bewegung habe nicht eigentlich die Volkssouveränität gefordert, sondern sich im Rahmen des „rheinischen Gesetzeskatalogs“ bewegt.

Der Referent konnte diese Überlegungen nicht in der vorgebrachten allgemeinen Weise bestätigen. Bei der schwerpunktmäßigen Untersuchung der Flugschriftenliteratur aus den Jahren 1812/13 sei das Nationale gänzlich dominant gewesen, die Vertreter des Rheinbundes seien dagegen in die Defensive gedrängt worden. Alexander Lips stelle dabei eine Ausnahme dar, da er sich die Distanz bewahrt habe, positive Urteile über die französischen Errungenschaften zu fällen. Unklar bleibe jedoch, wie stark die Verfassungstradition innerhalb der gesamten Nationalbewegung gewesen sei. Zu dem Stichwort „öffentliche Meinung“ ergänzte Siemann, der Begriff existiere eigentlich seit 1798, als Görres von dem „Tribunal der öffentlichen Meinung“ gesprochen habe.

Den überraschenden Gesinnungswandel von Zeitgenossen erklärte S. Skalweit in einem Exkurs mit der Schnelligkeit der Entwicklung zwischen 1797 und 1815.